



Foto: imago

Sollbruchstelle der konservativen Schulstrukturreform. Der Trend zur Abwahl der Hauptschule ist unumkehrbar.

Die Zukunft der Hauptschule in Niedersachsen

Die Hauptschulen bluten aus

VON MICHAEL STROHSCHNEIN

Der einfältige Spruch aus Schülerpoesialben: „Etwas Grips unter der Mütze ist zu manchem nütze“ hätte Kultusminister Busemann in der 95. Plenarsitzung des Landtags am 12. Juli 2006 zur Frage der Grünen: „Welche Zukunft haben die Hauptschülerinnen und Hauptschüler und welche Zukunft hat die Hauptschule in Niedersachsen?“ möglicherweise helfen können. Seinen Anspruch, im Mittelpunkt der Schulpolitik stehe das Individuum und nicht „eine abstrakte Struktur oder Ideologie“ hat er nämlich unter anderem so begründet: „Deshalb müssen wir immer überlegen, wie unser Schul- und Bildungssystem der einzelnen Schülerin oder dem einzelnen Schüler weitestgehend gerecht werden kann. Dabei ist klar, dass wir bei 1,2 Millionen Schülern nicht 1,2 Millionen verschiedene Schulen haben können.“

Minister mit Tunnelblick

Hätte er bei „Grips“ die Assoziationen – G wie Gewalt in allen gesellschaftlichen Variationen, R wie Rückgang der Bevölkerung und die Konsequenzen daraus für die Bildungsbeteiligung im ländlichen Raum, I wie Integration, nicht nur für Migrantenkinder, P wie pädagogische Probleme im gegliederten Schulwesen und S wie Spreizung der Gesellschaft in arm und reich, in Bildungsgewinner und Bildungsverlierer – gehabt, wäre er vielleicht der ideologischen Banalität seiner Argumentation entkommen. Er hätte neue Realitäten ohne altkonservativen Tunnelblick wahrnehmen können.

Die Lehrstellenlücke ist beispielsweise noch nicht geschlossen; es fehlen bundesweit mindestens 50.000 Ausbildungsplätze. 4.000 jetzt 15-jährige niedersächsische Hauptschülerinnen und -schüler werden voraussichtlich keinen Abschluss erreichen. Der Erlass, dass Hauptschulen zweizügig zu führen sind, ist zurzeit von 44 Prozent der Schulen im 5. Jahrgang nicht einzuhalten. In Braunschweig sind die Anmeldezahlen zur Hauptschule von 12,8 im Jahre 2004 über 10,8 im Jahre 2005 auf 9,5 Prozent in diesem Jahr gesunken. Weil es deshalb an einem Hauptschulstandort nur sechs Anmeldungen gegeben hat, ist dort den Eltern angeboten worden, eine kombinierte 5. und 6. Klasse einzurichten. Eine niedrige Hauptschulquote im Schuljahr 2005/2006 gibt es in Hannover mit 8,9, in der Region Hannover mit 9,7, im Landkreis Osterholz mit 10,2 und in der Stadt Oldenburg mit 11,0 Prozent.

Dagegen gibt es „Spitzenwerte“ im Landkreis Soltau-Fallingb. mit 22,3, im Landkreis Celle mit 22,4, im Landkreis Friesland mit 24,2 und im Landkreis Cloppenburg mit 26,5 Prozent.

Die Hildesheimer Allgemeine Zeitung meldete am 14. Juli: „In den meisten Hauptschulen wird kaum eine fünfte Klasse mit 26 Schülern zustande kommen, was die Diskussion um Zusammenlegung oder Schließungen auch im Landkreis erneut entfachen wird.“ Wie im Landkreis Hildesheim wird diese Diskussion landauf, landab verstärkt geführt. Dieselbe Zeitung bringt es auf den Punkt: „Elternwille stärker als Schulempfehlung.“ Die Hannover-

sche Neue Presse meint: „Hannovers Hauptschulen bluten aus“, „Eltern zeigen die rote Karte“ und „Der Letzte macht das Licht aus“.

Der Letzte macht das Licht aus

Während der Minister in der Parlamentsdebatte häufig von einem Landesdurchschnitt von ca. 20 Prozent Hauptschulbeteiligung sprach, lautet die tatsächliche Prognose 16,9 Prozent. Und es gibt Anzeichen, dass nach dem tatsächlichen Unterrichtsbeginn für das Schuljahr 2006/2007 die Prozentzahlen weiter sinken werden. Die Anmeldezahlen gehen so weit zurück, dass zukünftig mehr als die Hälfte der Hauptschulen in den Jahrgängen 5 und 6 einzügig geführt werden müssen.

Zur Lösung dieses Problems habe es hier und da sogar Vorstellungen gegeben, die so genannte „Abschulung“, also die Rücküberweisung an Schulen einer anderen Schulform, wenn ein Schüler oder eine Schülerin nicht eine entsprechende Schullaufbahneempfehlung hat, von Klasse 6 auf Klasse 5 oder auf das Halbjahr vorzuverlegen, wusste der Abgeordnete Claus Peter Poppe (SPD) zu berichten. Diese Überlegungen hat der Kultusminister allerdings dementiert.

Mit einem uralten rhetorischen Trick wurde in der Parlamentsdebatte die konservative Bildungspolitik der Landesregierung verteidigt. Die Kritik an der Schulstruktur wurde einfach als Kritik an den Hauptschülern sowie den Lehrkräften in den Hauptschulen umgedeutet. Die Notwendigkeit von individuellen persönlichkeitsstärkenden und berufsorientierenden

Maßnahmen wird von Niemandem bestritten. Im Gegenteil:

Die GEW Niedersachsen fordert nachdrücklich eine professionelle, verbindliche Ganztagschule, in der es vielfältige Unterstützungsangebote für Jugendliche und Lehrkräfte geben muss. Sie wendet sich entschieden gegen die frühe Einsortierung der Schülerinnen und Schüler in das viergliedrige Schulsystem. Sie fordert ein integriertes System, in dem Demokratie und soziales Verhalten gelebt werden und in dessen Mittelpunkt die Kinder und Jugendlichen mit ihren Bedürfnissen des Lebens und Lernens stehen. Sie fordert die nicht nur verbale Unterstützung für die Arbeit der Hauptschullehrkräfte, sondern konkrete Angebote der Fortbildung und Entlastung.

Und wenn im Mittelpunkt tatsächlich das Individuum und nicht die abstrakte Schulstruktur stünde, hätte auch die Abgeordnete Ursula Helmhold (Grüne) recht mit ihrer in eine Frage gekleidete Auffassung, „dass es das Problem der Hauptschule ist, dass mangels der Heterogenität der Lerngruppen die Förderung der leistungsschwachen Schüler einfach nicht so gut sein kann, wie sie sein sollte, und dass die Eltern dieses Problem auch sehen“.

Der Minister stellte im Übrigen das Ergebnis einer Untersuchung des Dortmunder Institutes für Schulentwicklungsforschung unter H.G. Rolff in Frage, wonach zwei Drittel der Hauptschullehrkräfte der Auffassung sind, dass man die Kinder länger gemeinsam unterrichten sollte, statt sie schon nach der Grundschule auf verschiedene Schultypen zu verteilen. Die Hauptschule wird nach dieser Untersuchung nur noch von Lehrkräften befürwortet, die dort selbst nicht unterrichten wollen. Gleichzeitig



stellte er keinerlei Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Hauptschullehrkräfte in Aussicht.

Ideologie ist das geschlossene System einer Weltanschauung. Der Satz des Kultusministers zum Hauptschuldilemma: „Das Problem, das wir dort haben, lässt sich nicht über Strukturdiskussionen und schon gar nicht über die Einheitsschule lösen, sondern nur dadurch, dass man den jungen Menschen individuell gerecht wird. Und das können wir –

Prozentzahl hin, Prozentzahl her – am besten in unserem gegliederten Schulwesen unter Beibehaltung der Hauptschule leisten“, ist ideologisch hoch aufgeladen und zeigt einen beklagenswerten Mangel an Denken in Alternativen. Ein „Weiter so“ kann es nicht geben. Der unumkehrbare Trend zur schwindenden Akzeptanz der Hauptschule ist die Sollbruchstelle der konservativen Schulstrukturreform. Etwas Grips unter der Mütze wäre in der Tat zu manchem nütze.

Trauer um Heinz Putzhammer



Mit tiefer Trauer hat der DGB Abschied von Heinz Putzhammer genommen. Putzhammer gehörte von Juni 1998 bis zum DGB-Kongress im Mai 2006 dem Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB an. Im Vorstand war er für Wirtschafts-, Struktur- und Umweltpolitik, Tarifpolitik und Handwerkspolitik sowie den Bereich Finanzen zuständig. Heinz Putzhammer ist am 27. Juni im Alter von 65 Jahren einer langen, schweren Krankheit erlegen.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer würdigte ihn mit den Worten „Es tut weh, Heinz Putzhammer so früh zu verlieren. Er war ein bemerkenswert feiner Mensch. In seiner unaufdringlichen Art hat er die leisen Töne gepflegt und war dabei doch sehr durchsetzungsfähig. Mit seinem enormen Fachwissen, das weit über das übliche Maß hinausging, hat er stets beeindruckt. Heinz Putzhammer war außerordentlich verlässlich und hat sich nie geschont. Er hat sich weit über Gewerkschaftskreise hinaus hohe Anerkennung verdient. Wir haben ihm viel zu verdanken.“

Putzhammer, von Beruf Lehrer, trat 1968 in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein. 1977 wurde er Vorsitzender des Landesverbandes Bayern, 1980 Mitglied im Geschäftsführenden GEW-Vorstand. Er war Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU sowie in vielen hochrangigen Kommissionen der Bundesregierung, darunter dem Rat für Nachhaltige Entwicklung.

Als Wirtschaftsexperte stemmte sich Putzhammer gegen den angebotsorientierten wirtschaftspolitischen Mainstream in Politik und Wissenschaft, der Lohnsenkungen und den Abbau von Arbeitnehmerrechten propagiert. Stattdessen warb er vehement

für eine Renaissance der Makroökonomie. Er setzte sich für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordinierung der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik ein, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen.

Für Putzhammer stand stets der Mensch im Vordergrund. Sein Fundament für ökonomische Urteile waren soziale und demokratische Wertmaßstäbe. Ein besonderes Anliegen waren für ihn Innovation und Nachhaltigkeit.

„Wenn wir alle sagen, wir brauchen eine andere Politik, dann ist damit vorrangig die Wirtschafts- und die Finanzpolitik gemeint“, hatte Heinz Putzhammer im Juni 1998 bei seiner ersten Kandidatur für den DGB-Bundesvorstand erklärt. Auf seine Kandidatur bezogen hat er damals gesagt: „Der wichtigste Grund ist ganz einfach: Mir gefällt der DGB mit seiner wieder spürbaren Offensivkraft, mit seiner wieder wachsenden Bedeutung für Politik und Gesellschaft. Der DGB befindet sich in einer der spannendsten Phasen seiner Geschichte, und da will ich dabei sein und mit Hand anlegen.“ Dass die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren an Offensivkraft gewonnen haben und zu einer wichtigen politischen Stimme geworden sind, daran hat Heinz Putzhammer einen maßgeblichen Anteil.